



## Sehr geehrte Damen und Herren,

das prägende Thema in der Region Hannover ist seit Ende letzten Jahres die Medizinstrategie 2030 und die damit verbundene Diskussion um Schließungen und Schrumpfung von Krankenhausstandorten.

Aktuell liegt der Regionsversammlung noch keine Beschlussvorlage vor. Der Aufsichtsrat des Klinikums Region Hannover (KRH) hat die sogenannte Medizinstrategie 2030 beschlossen. Die CDU-Fraktion steht dabei klar zu ihren Beschlüssen und setzt sich für den Erhalt aller Krankenhausstandorte ein. Diese klare Positionierung haben wir bei den Besuchen der drei Krankenhausstandorte in Neustadt am Rübenberge, Lehrte und Laatzen deutlich gemacht.

Mit dem Verkehrsentwicklungsplan 2035+ beschäftigt uns gerade ein weiteres wichtiges Strategiepapier, welches alle 21 Kommunen in der Region Hannover betrifft. Aus diesem Grund hat die CDU-Fraktion zu einem digitalen Austausch mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie den Fraktions- und Stadtverbandsvorsitzenden eingeladen.

Aus diesem Gespräch haben wir einen Änderungsantrag entwickelt, der jetzt zur Beratung in den Gremienlauf gegeben wurde.

Wohnortnahe Gesundheitsversorgung und Mobilität sind zwei kommunale Themen und wirken zentral auf die Entwicklung der Region Hannover. Als CDU stehen wir für eine ideologiefreie, gleichberechtigte und moderate Veränderung in beiden Bereichen. Hier denken wir an die Bereiche Ambulantisierung und Spezialisierung bei der Gesundheitsversorgung und Investitionen in den Infrastrukturausbau für einen leistungsfähigen ÖPNV.

Im ersten Newsletter des Jahres berichten wir über die Themen der Fraktionsarbeit, die uns bewegt haben. Dazu gehören natürlich die Medizinstrategie 2030 und die Verkehrsentwicklung in der Region Hannover. Mit Blick auf den Frühling lenken wir unsere Aufmerksamkeit auf teilweise karge Firmengelände und welche Alternativen dazu das Programm „Außenstelle Natur“ bietet. Außerdem lesen Sie noch einen Rückblick zum Besuch der Paul-Moor-Schule in Wunstorf und unser klares Statement zur Aktion der „Letzten Generation“ in der Regionsversammlung.

Diesen Newsletter, kurz vor dem Osterfest, möchte ich nutzen, um Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Osterfest zu wünschen.

Sind wir gemeinsam füreinander da!

Herzliche Ostergrüße  
Ihr

Bernward Schlossarek  
Fraktionsvorsitzender

## Verkehrsentwicklungsplan 2035+

### - Alternativen und Anreize statt Verbote in der Mobilität -

Der kürzlich vorgestellte Verkehrsentwicklungsplan „Aktionsprogramm Verkehrswende“ soll den Verkehr in der Region Hannover kräftig umkrepeln. Das übergeordnete Ziel des Planwerks ist, bis 2035 die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Verkehrssektor um 70 Prozent zu reduzieren. Erreicht werden soll das vor allem durch eine Halbierung des Autoverkehrs und eine Verdopplung des ÖPNV und Fahrradverkehrs.

Der Grundgedanke muss doch folgender sein: Wandel durch Alternativen und Anreize, nicht durch Verbote! Zuerst müssen ausreichend attraktive Alternativangebote zum Auto geschaffen, also vorrangig der ÖPNV ausgebaut werden, bevor der Autoverkehr über Gebühr eingeschränkt wird. Ein verbessertes ÖPNV-Angebot mit höherer Taktung schafft einen Anreiz, freiwillig auf die Fahrt mit dem Auto zu verzichten. Ohne freiwillige Akzeptanz der Bevölkerung kann die Verkehrswende schließlich nicht gelingen.



Stadtbahn TW 3000 an der Haltestelle Steintor © Filmbildfabrik.de – stock.adobe.com

Auch der skizzierte Zeitplan ist illusorisch, vieles davon ist im geplanten Zeitraum gar nicht realisierbar. Ebenso sind die Finanzierungsvorschläge für die Vorhaben völlig realitätsfern. Größtenteils basieren sie auf dem „Prinzip Hoffnung“. Die Hoffnung darauf, Zuschüsse von Bund, Land oder EU zu bekommen. So weckt der Verkehrsentwicklungsplan bei den Menschen Erwartungen, die augenscheinlich nicht erfüllt werden können. All dies sind nur einige unserer Kritikpunkte am vorgelegten Entwurf des Verkehrsentwicklungsplans.

Eines steht fest: Um die selbst gesteckten Klimaziele zu erreichen, muss im Verkehrsbereich nachgebessert werden. Die generelle Stoßrichtung des Verkehrsentwicklungsplans ist daher richtig. Ausdrücklich begrüßenswert ist das Ziel des Verkehrsentwicklungsplans, den Umweltverbund, also die umweltverträglichen Verkehrsmittel wie Bus, Bahn oder das Fahrrad, als Rückgrat der Mobilität langfristig zu stärken. Wo Licht ist, ist in diesem Fall aber auch sehr viel Schatten. Das Konzept fällt aus unserer Sicht eindeutig zulasten eines einzelnen Verkehrsmittels aus – dem Auto. Das Konzept berücksichtigt nicht, dass Menschen in verschiedenen Lebenssituationen ein unterschiedliches Mobilitätsangebot benötigen. Wir sind klar dagegen, den Menschen das Autofahren durch regulierende Maßnahmen wie Parkgebühren oder Tempolimits abzugewöhnen. Eine auf Verbote ausgerichtete Politik und rot-grüne Ideologie gegen das Auto bringen unsere Region nicht voran.

Bei der Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplans kommt es maßgeblich auf die 21 Regionskommunen an. Deshalb haben wir uns gemeinsam mit unseren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie den Fraktions- und Stadtverbandsvorsitzenden mit dem Plan beschäftigt und einen Änderungsantrag in den Gremienlauf eingebracht, der unsere Position unterstreicht. Für uns bedeutet das, alle Menschen, egal ob Stadt oder Land, bei der Verkehrswende mitzunehmen und allen ein attraktives Mobilitätsangebot zu machen. Übrigens ist auch mit der Einführung eines vergünstigten Deutschland-Tickets die Verkehrswende in der Region Hannover nicht getan. Das angekündigte 30-Euro-Ticket für Pendler und Pendlerinnen wird die Probleme der Verkehrsentwicklung nicht lösen. Hierfür braucht es vor allem Investitionen in einen attraktiven Nahverkehr mit gut ausgebautem Netz, guten Parkmöglichkeiten und komfortablen Bussen und Bahnen in der Landeshauptstadt und im Umland.

## Schottergärten: Mit gutem Beispiel vorangehen und renaturieren

Gemäß § 9 Abs. 2 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) sind nicht überbaute Flächen von Baugrundstücken zu begrünen. Dies bezieht sich auf alle Grundstücke, auf denen sich (zum Beispiel) ein Gebäude befindet.

Grund für die Erwähnung dieser Vorschrift ist, dass sogenannte Schottergärten und versiegelte Grundstücksflächen seit längerem als einer der Gründe für die abnehmende Insektenpopulation genannt werden.

Auch für uns als CDU-Fraktion in der Region Hannover ist es ein Anliegen, natürliche Lebensgrundlagen zu schützen. Daher haben wir in der Regionsversammlung im Februar der Vorlage mit dem Titel „Aufstockung ‚Außenstelle Natur – Firmengelände naturnah gestalten“ zugestimmt.

Damit kann das Umweltzentrum Hannover e.V. das seit 2019 erfolgreich laufende Projekt fortsetzen und weitere 20 Unternehmen davon überzeugen, welche Vorteile eine Umgestaltung von versiegelten Flächen hat.

In der ersten Phase des Projektes wurde deutlich, dass sowohl ein Nachahmungseffekt genutzt werden kann und auch die Vorbildfunktion eine wichtige Rolle für die Betriebe spielt. Ein gelungenes Beispiel, was mit der Förderung erreicht werden kann, ist das Außengelände der Firma Haster Gebäudereinigung, die wir im Rahmen unserer Sommertour im Jahr 2022 besucht haben.

Tatsächlich sind auch in öffentlich einsehbaren privaten Vorgärten, im Verkehrsraum und vor öffentlichen Gebäuden in Niedersachsen (bspw. vor dem Finanzamt in Hameln) vielfach noch Schottergärten vorzufinden. Wir wollen weiter mit gutem Beispiel vorangehen und haben deswegen angeregt, dass die Verwaltung prüfen soll, inwieweit die eigenen versiegelten Flächen renaturiert werden können.



Hummel auf einer Blume

## Chaostage bei der Klinikum Region Hannover GmbH (KRH)

Seit Ende des letzten Jahres ist „die Bombe“ geplatzt. Die KRH plant, mit einem radikalen Umbau die Krankenhausversorgung in der Region Hannover nachhaltig zu verändern. Grund hierfür ist der leider bundesweit zu verzeichnende Trend der finanziellen Schieflage der Krankenhäuser. Mangelnde Finanzmittel von Bund und Ländern, steigende Kosten, die Corona-Pandemie und die Entwicklung in der Medizin zu mehr ambulanten Behandlungen haben auch an unseren Krankenhäusern ihre Spuren hinterlassen. Um dem entgegenzuwirken, hat man die KRH damit beauftragt, eine Strategie zur Verbesserung der Situation in der Region Hannover zu entwickeln. Ergebnis der Überlegungen der Geschäftsführung ist die Medizinstrategie 2030.

Aspekte der Medizinstrategie 2030 sind unter anderem:

- Eine Reduzierung der Betten der KRH (aktuell ca. 2.500) um ein Drittel.
- Das Klinikum Nordstadt soll im Klinikum Siloah aufgehen. Letzteres muss dafür ausgebaut werden.
- Der Standort Langenhagen wird komplett aufgegeben, und die Abteilungen Geriatrie und Psychiatrie werden in anderen Krankenhäusern aufgenommen.
- Das Klinikum Agnes Karll Laatzen soll die Fachabteilungen für Orthopädie, Unfallchirurgie und Neurologie an andere Krankenhäuser „abgeben“.
- Das Klinikum Lehrte soll geschlossen werden, die medizinischen Abteilungen nach Großburgwedel gehen, und dafür soll am Standort ein „Gesundheitscampus“ entstehen. (Gesundheitscampus ist bisher ein Begriff ohne genaue Definition. Im Gesetz gibt es sogenannte Medizinische bzw. Regionale Gesundheitszentren, die mit einer Art 24-Stunden-Ärztehaus zu vergleichen sind.)

Alles spannende Ansätze für eine Diskussion, aber bestimmt noch keine Grundlage für eine Entscheidung.

Die CDU in der Region Hannover ist zur Kommunalwahl 2021 mit der Aussage angetreten, dass sie sich für den Erhalt aller Klinikstandorte im Regionsgebiet einsetzt. Das war keine leere Worthülse, sondern ein Versprechen an alle Wählerinnen und Wähler und gilt selbstverständlich heute noch. Andere politische Akteure haben ähnliche Aussagen getroffen, können sich heute aber nicht mehr daran erinnern.



v.l.n.r. Bernward Schlossarek, Gundhild Fiedler-Dreyer, Nesrin Göktas, Maria Hesse, Christiane Hinze, Stefanie Behrends, Rainer Fredermann, Jutta Barth, Fabian Bodenstab, Tilman Kuban, Silke Schönecke, Peter Friedsch

Am 23.03.2023 hat die Mehrheit des Aufsichtsrates der KRH GmbH die Medizinstrategie 2030 beschlossen. Der Regionsversammlung wird die Strategie vor der Sommerpause zum Beschluss vorgelegt.

Aus Sicht der CDU und unseres Partners von der FDP ist diese Strategie noch immer nicht ausgereift. Dies zeigt sich unter anderem an dem neuesten Vorstoß von Experten im Gesundheitsbereich, die angeregt hatten, die Planungen nicht an den Regionsgrenzen enden zu lassen. So kam die Idee auf, die Kliniken Burgwedel, Laatzen und Lehrte komplett zu schließen und gemeinsam mit dem Landkreis Peine eine neue „Großklinik“ in Autobahnnähe an der östlichen Grenze der Region Hannover zu errichten. Insgesamt ist dies zwar nicht unser Ziel, es zeigt jedoch, dass es mehr als den einen Weg gibt, den die Geschäftsführung und die Mehrheit des Aufsichtsrates anstrebt.



*v.l.n.r. Annette Sturm-Werner, Heike Koehler, Maria Hesse, Tilman Kuban, Gundhild Fiedler-Dreyer, Oliver Brandt, Nesrin Göktas, Bernward Schlossarek, Ulrike Krause und Alicia Werner*

Wir als CDU sehen durchaus den Bedarf, etwas in den Kliniken der KRH GmbH zu ändern. Die medizinische Versorgung kann jedoch nicht auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger im Umland alleine an einem Punkt konzentriert werden. Unser Vorschlag ist, die einzelnen Standorte in Bereichen zu spezialisieren und damit einen Mehrwert in der Gesundheitsversorgung in der Region zu schaffen.

Wir brauchen die Kliniken in den Städten und Gemeinden und setzen uns für deren Erhalt ein!

Auf den wiederholten Hinweis von Seiten der Geschäftsführung der KRH und dem Regionspräsidenten, dass man zu den Ersten deutschlandweit gehört, die solche einschneidenden Änderungen bei ihren Kliniken herbeiführen werden und dem damit verbundenen Versuch sich besonders hervorzuheben, entgegenen wir, dass Krankenhauspolitik und die medizinische Versorgung der Bevölkerung keine Prestigeprojekte sein sollten. Uns geht es um das Wohl aller Bürgerinnen und Bürger!

## Paul-Moor Schule mit Raumnot

Wohin nur mit den Schülerinnen und Schülern, wenn Unterrichtsräume fehlen? Diese Frage musste sich die Schulleiterin der Paul-Moor-Schule in Wunstorf in den letzten Jahren häufiger stellen. Denn die Anzahl der Schülerinnen und Schüler ist innerhalb der letzten drei Jahre von 76 auf heute 98 Schülerinnen und Schüler angestiegen. Darum machten sich die Abgeordneten unserer Gruppe um den schulpolitischen Sprecher und Gruppenvorsitzenden Bernward Schlossarek, Rolf-Axel Eberhardt, Rainer Fredemann, Stefan Porscha und Daniel Farnung ein Bild von der Situation vor Ort.

Aufgrund fehlender Räume wurden die Schülerinnen und Schüler auf 11 statt 14 Klassen aufgeteilt. Rund 50% der Schülerinnen und Schüler kommen aus Neustadt, deswegen passt es gut ins Schulkonzept, dass die Jahrgänge zehn bis zwölf dort in Schulwohnungen unterrichtet werden. Der Unterricht in der Schulwohnung hilft bei der Vorbereitung auf das Leben nach der Schule, berichten Schulleiterin Catharine Greiner und Konrektorin Nele Ackermann. Das Kollegium sei auch zeitweise mit dem Lehrzimmer in die Mensa gezogen, um Unterrichtsräume zu schaffen.

Erschwerend hinzu komme der Lehrermangel, weswegen die Unterrichtsversorgung zeitweise bei 80% lag. Verbesserung brachten dabei sogenannte Vollzeitäquivalentstellen. Hierbei übernehmen Sonderpädagogikstudenten und Sonderpädagogikstudentinnen Unterrichtseinheiten. Sie entlasten damit das Lehrpersonal und sammeln Praxiserfahrung für den weiteren Werdegang. Diese Zwischenlösung läuft allerdings zum kommenden Schuljahr aus.

Tatsächlich hat der Termin Wirkung gezeigt. Ein angrenzender Parkplatz kann voraussichtlich für modulare Klassenräume zur Verfügung gestellt werden. Die Stadtratsfraktion hat einen mehrheitlich abgestimmten Antrag eingebracht, um zu prüfen, wie die Stadt Wunstorf bei einer Lösung des Raumproblems unterstützen kann.

Dies begrüßen wir als Gruppe CDU/FDP. Als Förderschule für geistige Entwicklung leistet die Paul-Moor-Schule einen wichtigen Beitrag für unser Schulsystem. Als Schulträger muss die Region diese bestmöglich begleiten. Eine schnelle Lösung im Interesse von Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften und Eltern dient auch der Region Hannover.



v.l.nr. Bernward Schlossarek, Daniel Farnung, Elternvertreter der Paul-Moor Schule, Journalistin, Schulleiterin Catharine Greiner, Konrektorin Nele Ackermann, Mitarbeiterin der Region Hannover und Rolf-Axel Eberhardt

## Fraktion engagiert sich bei Blutspendeaktion



„Blutspenden kann Leben retten!“ Mit diesem Satz wirbt der Blutspendedienst des Deutschen Roten Kreuzes seit jeher. Doch vermehrten sich zum Jahresende die Meldungen, dass die Blutkonserven in den Blutbanken immer knapper werden. Dies berichteten die Medien für die Region Hannover, aber auch deutschlandweit.

Da viele Abgeordnete selbst sich aktiv für den Blutspendedienst engagieren, lag es auf der Hand, das Thema noch einmal öffentlich aufzugreifen. Inken Wellmann, Petra Cordes und Stefanie Behrends gehen regelmäßig zur Blutspende. Sie nutzten also die Gelegenheit, getreu des Mottos „tue Gutes und rede darüber“, zu dokumentieren. Der Aufruf fand anschließend über die Social-Media-Kanäle unserer Fraktion statt. Um darüber hinaus noch Follower für das Thema zu sensibilisieren, erklärte Stefanie Behrends häufig aufkommende Fragen in den Storys, um den Beitrag informativ zu begleiten.

Sie haben den Moment verpasst? Kein Problem! Auch wenn die Situation sich in den Blutbanken langsam entspannt, bleibt er in den Storyhighlights auf unserem Instagram Kanal erhalten, denn Blutspenden kann man vier- bis sechsmal jährlich.



## Störung der Regionsversammlung

Die Regionsversammlung am 21. Februar 2023 wurde von sogenannten „Klimaklebern“ der letzten Generation gestört. Die Aktivistinnen und Aktivisten besprühten eine Wand im Sitzungssaal und versuchten ihren Forderungen Ausdruck zu verleihen.

Unsere Haltung ist dabei völlig klar: Die Regionsversammlung bildet in der Region Hannover das Fundament der rechtsstaatlichen Demokratie. Wir leben in einem Rechtsstaat, dessen Gewaltmonopol nur vom Staat durchgesetzt werden darf. Sachbeschädigungen, Hausfriedensbruch oder Gesundheitsgefährdung sind aus unserer Sicht keine legitimen Protestformen, sondern Rechtsverstöße. Wenn man solche Verstöße nicht konsequent verfolgt und Taten verharmlost, schafft man Präzedenzfälle für jene, die mehr als nur mit Transparenten und Sprühdosen Versammlungen stören wollen.

Wir finden es besorgniserregend, dass eine Vielzahl dieser Aktivisten Straftaten als ein legitimes Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele betrachten. Die „letzte Generation“ tritt die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürgervertreterinnen und Bürgervertreter und so unsere Demokratie mit Füßen.

Wir appellieren daran, die bestehenden Elemente unserer Demokratie zu nutzen. Forderungen nach einem Gesellschaftsrat erteilen wir eine klare Absage!

## Solidaritätspartnerschaft mit dem Rajon Obuchow

Seit dem 24. Februar 2022 herrscht in der Ukraine der russische Angriffskrieg - ein Krieg mitten in Europa.

Die CDU-Fraktion in der Regionsversammlung hat im August 2022 einen Antrag zur Aufnahme einer Partnerschaft mit einer Gebietskörperschaft in der Ukraine gestellt. Uns ist dabei eine langfristige Partnerschaft sehr wichtig. Es geht für uns um ein grundsätzliches Bekenntnis für Frieden und zur Demokratie.

In der Regionsversammlung fand dieser Antrag eine breite interfraktionelle Zustimmung. Zusätzlichen Rückenwind bekam unsere Initiative durch Bundespräsident Steinmeier, der zusammen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj zur aktiven Aufnahme von Partnerschaften aufgerufen hatte.

Gemeinsam mit dem Ukrainischen Verein in Niedersachsen e.V. haben wir nach einer Kommune mit ähnlicher Größe, wie der Region Hannover gesucht und einen erneuten Antrag gestellt. Durch diesen Vorstoß seitens der CDU-Fraktion kam endlich Bewegung in die Suche nach einer Partnerkommune.



v.l.n.r. Katrin Göllinger, Ulrike Krause, Inken Wellmann, Maria Hesse, Oksana Janzen, Mitarbeiterin des UVN e.V., Oliver Groseck, Nesrin Göktaş

Im Januar haben der Regionspräsident und der Landrat unseres Partnerlandkreises Posen vereinbart, eine trilaterale Partnerschaft mit dem Rajon Obuchow einzugehen. Der Rajon Obuchow ist bereits Partner des Landkreises Posen.

Diesen Vorschlag begrüßt die CDU-Fraktion und wird weiterhin die Weichenstellung für eine partnerschaftliche Verbindung zwischen dem Rajon Obuchow, dem Landkreis Posen und der Region Hannover begleiten.

A rustic wooden background featuring a wooden cross, several tulips in shades of yellow and orange, and three Easter eggs in yellow, red, and orange. The text is written in a yellow, cursive font.

*Wir wünschen  
Ihnen und Ihrer  
Familie ein  
gesegnetes Osterfest*

Abbildung: CDU / Christiane Lang

## Impressum

© Copyright 2023 – Alle Inhalte dieses Newsletters, insbesondere Texte, Fotografien und Grafiken, sind urheberrechtlich geschützt. Das Urheberrecht liegt, soweit nicht ausdrücklich anders gekennzeichnet, bei der CDU-Fraktion Region Hannover. Bitte fragen Sie uns, falls Sie die Inhalte dieses Newsletters verwenden möchten.

### Herausgeber:

CDU-Regionsverband Hannover in Zusammenarbeit mit der CDU-Fraktion Region Hannover

Verantwortlich: Bernward Schlossarek

Walderseestraße 21 • 30177 Hannover

Telefon: 0511/39796-0 • Fax: 0511/39796-60

[www.cdu-region-hannover.de](http://www.cdu-region-hannover.de)

### Facebook:

<https://facebook.com/cdu.fraktion.region.hannover>  
oder <https://bit.ly/3meHJ2R>

### Instagram:

<https://www.instagram.com/cduregionsfraktion>  
oder <https://bit.ly/32aVwjQ>